

Terminsbestimmung



Amtsgericht Potsdam

Abteilung für Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungssachen

Terminsbestimmung:

Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll am

Datum	Uhrzeit	Raum	Ort
Mittwoch, 02.07.2025	13:00 Uhr	215, Sitzungssaal	Amtsgericht Potsdam, Hegelallee 8, 14467 Potsdam

öffentlich versteigert werden:

Grundbucheintragung:

Grundstücke, eingetragen im Grundbuch von **Börnicke Blatt 499**

<i>lfd.Nr.</i>	<i>Gemarkung</i>	<i>Flur, Flurstück</i>	<i>Wirtschaftsart u. Lage</i>	<i>m²</i>
3	Börnicke	Flur 4, Flurstück 31/4	Gebäude- und Freifläche Staffelder Straße 10 B	504
5	Börnicke	Flur 4, Flurstück 31/10	Gebäude- und Freifläche Staffelder Straße 10 B	144
5	Börnicke	Flur 4, Flurstück 31/11	Gebäude- und Freifläche Staffelder Straße 10 B	134
6	Börnicke	Flur 4, Flurstück 103	Erholungsfläche, Staffelder Straße 10 B	925

Lfd. Nr. 3

Objektbeschreibung/Lage (lt Angabe d. Sachverständigen):

Das Grundstück ist mit einem Einfamilienwohnhaus (Flachdach, nicht unterkellert, Bj. ca. 1989, Wfl. ca. 110 m²) bebaut. In der rechten Haushälfte befinden sich zwei Pensionszimmer mit jeweils einem Schlafzimmer und einem Bad.

Verkehrswert: 234.000,00 €

Lfd. Nr. 5

Objektbeschreibung/Lage (lt Angabe d. Sachverständigen):

Das Grundstück ist mit einem Bungalow (Bj. ca. 1991, Wfl. ca. 25 m²) bebaut.

Verkehrswert: 85.000,00 €

Lfd. Nr. 6

Objektbeschreibung/Lage (lt Angabe d. Sachverständigen):

Das unbebaute Grundstück ist unregelmäßig geschnitten und liegt nicht unmittelbar an der Staffelder Straße. Im vorderen Teil des Flurstücks liegt ein großer gepflasterter Parkplatz und teilweise eine Rasenfläche. Die Zufahrt zum Parkplatz führt über das Flurstück 102 (Börnicke Blatt 441) auf welchem eine entsprechend Grunddienstbarkeit (Geh- und Fahrrecht) lastet. Im hinteren Teil wird das Grundstück als Garten mit Gartenteich genutzt.;

Verkehrswert: 80.000,00 €

Weitere Informationen unter www.zvg-portal.de

Der Versteigerungsvermerk ist am 28.09.2022 (Börnicke Blatt 499 lfd. Nr. 3, Börnicke Blatt 499 lfd. Nr. 6) und 19.02.2025 (Börnicke Blatt 499 lfd. Nr. 5) in das Grundbuch eingetragen worden.

Aufforderung:

Rechte, die zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Antragsteller widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebotes nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hinweis:

Es ist zweckmäßig, bereits drei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung der Ansprüche an Kapital, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Grundstück bezweckenden Rechtsverfolgung mit Angabe des beanspruchten Ranges schriftlich einzureichen oder zu Protokoll der Geschäftsstelle zu erklären. Dies ist nicht mehr erforderlich, wenn bereits eine Anmeldung vorliegt und keine Änderungen

eingetreten sind.

Gemäß §§ 67 - 70 ZVG kann im Versteigerungstermin für ein Gebot Sicherheit verlangt werden. Die Sicherheit beträgt 10 % des Verkehrswertes und ist sofort zu leisten. Sicherheitsleistung durch Barzahlung ist ausgeschlossen.
Bietvollmachten müssen öffentlich beglaubigt sein.

Sofern Behinderungen vorliegen, die besonderer Maßnahmen bedürfen, ist dies dem Gericht rechtzeitig mitzuteilen. Ansprechpartner/in für Menschen mit Behinderungen:
Frau Dongowski und Frau Endruhn, Tel. 0331 2017-0.
Die Ansprechperson erteilt keine Rechtsberatung.

Im Gerichtsgebäude finden Zugangskontrollen statt, die einige Zeit in Anspruch nehmen können. Um die rechtzeitige Anwesenheit im Termin zu gewährleisten, wird gebeten, mögliche Wartezeiten zu berücksichtigen. Sie müssen außerdem damit rechnen, dass aus Sicherheitsgründen für die Dauer des Aufenthalts im Gerichtsgebäude die Abgabe bestimmter Gegenstände (auch von Mobiltelefonen) angeordnet wird.

Bitte führen Sie einen gültigen amtlichen Lichtbildausweis (Personalausweis oder Führerschein der Bundesrepublik Deutschland oder eines EU-/EWR-Mitgliedsstaates und der Schweiz, internationaler Reisepass, elektronischer Aufenthaltstitel, Ankunftsnachweis für Asylsuchende) mit sich. Gegebenenfalls kann Ihnen sonst der Zutritt zum Gerichtsgebäude an einzelnen Gerichtstagen verweigert werden.

Wille
Rechtspfleger

Beglaubigt

Macher
Justizbeschäftigte